



Protokoll der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Legislaturperiode: 2006 / 2011
Protokoll-Nr.: 46.
Sitzungstag: 17. Februar 2011
Ort: Konferenzraum 1, Riversplatz 1 - 9
 35394 Gießen
Sitzungsbeginn: 17.08 Uhr
Sitzungsende: 20.30 Uhr
Schriftführer: Klaus D. Schmitt (FD Finanzen)

Es sind anwesend:

Mitglieder HFWRA	anwesend	entschuldigt	vertreten durch
Stefan Bechthold, SPD	X		
Anette Bergen-Krause, SPD	X		
Gabriele Ohm-Goltze, SPD	X		
Peter Pilger, SPD	X		
Karl-Heinz Schäfer, SPD	X		
Siegbert Damaschke, CDU (Vorsitzender)	X		
Matthias Klose, CDU	X		
Dr. Petra Kolmer, CDU	-	X	Heinz-P. Haumann
Franziska Lodde, CDU	-	X	I. de Jesus Domicke
Dr. Sven Simon, CDU	X		
Frank Ide, FW	X		
Erhard Reinl, FW	X		
Hubert Blöhs-Michaelis, Bündnis 90/ Die Grünen	X		
Andreas Becker, FDP	X		
Mitglieder Ältestenrat			
Andreas Becker, Fraktionsvors. FDP	X		
Siegbert Damaschke, Fraktionsvors. CDU	X		
Karl-Heinz Funck, stv. KT-Vors.	X		
Hiltrud Hofmann, stv. KT-Vors.	X		
Horst Nachtigall, Fraktionsvors. SPD	X		
Prof. Dr. Franz Neumann, KT-Vors.	X		
Dr. Christiane Schmahl, Fraktionsvors. Bündnis 90 / Die Grünen	X		
Günther Semmler, Fraktionsvors. FW	X		
Ralph Thannhäuser, stv. Gruppenvors. Die Linke	X		
Elke Victor, stv. KT-Vors.	-		
Helmut Witzel, stv. KT-Vors.	X		

Vertreter/innen des Ausländerbeirates	anwesend
Maria Alves	X
Tim van Slobbe	-
Mitglieder des Kreisausschusses	
Landrätin Anita Schneider	X
Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald	X
Kreisbeigeordneter Siegfried Fricke	X
Andrea Kaup, FDP (Dez. IV)	-
Dr. Klaus Becker, B90/Die Grünen (Dez. v)	X
Dirk Haas, SPD (Dez. VI)	X
Rolf Dieter Beinhoff, CDU	-
Heinz Deibel, SPD	X
Angela Harsche, CDU	-
Johann Gottfried Hecker, CDU	-
Elke Högy, SPD	-
Silva Lübbers, SPD	-
Karl-Reinhard Philipp, FW	X
Heinz Schäfer, CDU	-
Gottfried Schneider, FW	-
Sieglinde Schnell, CDU	X
Dr. Gernot Seyfert, SPD	X
Brunhilde Trenz, FDP	-
Erika Wolf, Die Linke	X
Verwaltung	
Thomas Euler, Stabsstellenleiter Büro Kreisorgane	X
Jutta Heieis, FB-Leiterin Finanz- u. Rechnungswesen	X
Klaus Graulich, Fachdienst Finanzen	X
Thorsten Becker, Fachbereichsleiter Service	X
Rainer Knapp, Fachdienst Personal	X
Mario Rohrmus, Fachbereichsleiter Schule & Bauen	X
J.Glasenhardt-Freymann, Fachdienstleiter Schule	X
Antonie Huber, Leiterin Revision	X
Hans-Otto Gerhard, Stabstellenleiter Controlling	X
Dr. Barbara Breitbach, Fachbereichsleiterin Gesundheit, Verbraucherschutz u. Veterinärwesen	X
Friederike Iglar-Schmalor, Leiterin Stabsstelle Recht	X
Ingrid Macht, Jugendförderung	X
Udo Liebich, Büroleiter Dez. I	X
Eva-Maria Jung, Büroleiterin Dez. II	X
Oliver Steinbach, Büroleiter Dez. III	X
Gäste	
Herr Lück, Vertreter der Lück-Gruppe	X
Herr Becker, Geschäftsführer Fa. state of play GmbH	X
Herr Rechtsanwalt Trautner, Rechtsanwaltsgesellschaft Heussen, Frankfurt/Main	X
sowie Vertreter der Presse	X

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, **Herr Damaschke**, eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 2: Information zur Eröffnungsbilanz

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald verweist auf die den Kreistagsabgeordneten zur Kenntnis vorgelegte Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2009. Herr Oßwald informiert die Damen und Herren des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses darüber, dass der Kreisausschuss die Eröffnungsbilanz in seiner Sitzung am 24.01.2011 gem. § 108 HGO formell aufgestellt habe. Herr Oßwald weist insbesondere darauf hin, dass mit der Vorlage der Eröffnungsbilanz ein langjähriger und schwieriger Aufstellungsprozess seinen vorläufigen Abschluss gefunden habe. Eine direkte Beratung und Vorlage an den Kreistag sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgesehen, da die Eröffnungsbilanz nach dem Aufstellungsbeschluss zunächst von der Revision des Landkreises zu prüfen sei. Mit Schreiben vom 09.02.2011 habe die Revision des Landkreises Gießen eine Prüfung im Zeitraum von ca. ½ Jahr in Aussicht gestellt und avisiert, den Prüfungsbericht nach den Sommerferien den parlamentarischen Gremien vorzulegen.

Inhaltlich nimmt Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald zur Eröffnungsbilanz kurz Stellung und informiert darüber, dass die Bilanz wie zu erwarten war ein negatives Eigenkapital von rund 150 Mio. EUR ausweise. Hierzu stellt er fest, dass diese Höhe des negativen Eigenkapitals die tatsächliche Finanzlage des Landkreises widerspiegele und damit auch die angewandten und durchgeführten Bewertungskriterien der Bilanzpositionen (insbesondere des Anlagevermögens) rechtfertige und bestätige. Denn im Ergebnis entspreche das negative Eigenkapital in etwa dem Stand der Kassenkredite zum 01.01.2009. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Passivseite können durch das Anlagekapital der Aktivseite gedeckt werden.

Abschließend bedankt sich der Kämmerer bei Verwaltungsoberärztin Heieis und dem gesamten Fachdienst Finanzen, dem Gesamtprojektleiter Herrn Gerhard, sowie allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Organisationseinheiten für die beeindruckende Leistung. Es sei gelungen, diesen mehrjährigen Prozess bis zur Vorlage der Eröffnungsbilanz ohne eine kostenintensive externe Begleitung erfolgreich zu bewältigen.

In einer grundsätzlichen Diskussion wird auf Nachfragen und Hinweisen von **Frau Ohm-Goltze** und **Herrn Funck** die Thematik der Auswirkungen von BASEL III und des Ratings von Kommunen durch die Bank- und Kreditinstitute angesprochen.

**TOP 3: Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011;
Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014;**

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 18.11.2010 – Zweite und abschließende Beratung
(Vorlage: 971/2010)

Die dem HFWR vorliegenden Haushaltsänderungsanträge werden wie folgt beraten und abgestimmt:

1. Haushaltsänderungsantrag der SPD-Fraktion Nr. 971-1 zum Produkt 36.2.01

Antragstext:

„Zur Durchführung des Alkohol-Präventionsprojekts „HaLT - Hart am Limit“ werden im Produkt „Jugendförderung“ (36.2.01) Mittel in Höhe von 40.000 € eingestellt. Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen. Zur Aufhebung des Sperrvermerks ist ein Konzept vorzulegen, das durch die Jugendförderung, den Jugendhilfeausschuss und den Sozialausschuss erarbeitet und beschlossen wird.“

Nach einer kurzen Debatte ändert Fraktionsvorsitzender Horst Nachtigall Satz 1 des Antrags wie folgt:

„Zur Durchführung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (z.B. Suchtprävention) werden“

Die Mitarbeiterin der Jugendförderung, Frau Macht, erläutert die Zielsetzung und die präventiven Inhalte des Projektes *HaLT (Hart am Limit)*. Eine schriftliche Stellungnahme ist dem Protokoll beigelegt (**Anlage 1**).

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

2. Haushaltsänderungsantrag der Landrätin Nr. 971-2 zum Produkt 11.1.05

Antragstext:

„Im Produkt 11.1.05 (Zentrales Controlling und Teilnehmungsmanagement) werden im Haushalt 2011 für den allgemeinen Verwaltungsaufwand aus der Geschäftstätigkeit der neu zu gründenden Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH 15.000 EUR bereitgestellt.“

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

3. Haushaltsänderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Nr. 971-3 zur „Modellregion Erneuerbare Energien“ (Produkt 57-1-01)

Antragstext:

„Der Haushaltsansatz „Modellregion Erneuerbare Energien“ wird von 10.000 EUR auf 20.000 EUR erhöht.“

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

4. Haushaltsänderungsantrag der SPD-Fraktion Nr. 971-4 zu den Kennzahlen Abfallwirtschaft (Produkt 53-7-01)

Antragstext:

„Kennzahl 1.1 (Restabfallmenge in Tonnen) 2012: 36.000 bis 37.000 Tonnen“

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

5. Haushaltsänderungsantrag der SPD-Fraktion Nr. 971-5 zum Verhütungsmittelfonds (Produkt 33.1.01)

Antragstext:

„Erhöhung des Ansatzes beim Verhütungsmittelfonds um 5.000 EUR auf 25.000 EUR“

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

6. Haushaltsänderungsantrag der SPD-Fraktion Nr. 971-6 zum Kunstrasenplatz in Wettenberg (Produkt 21.8.01.12)

Antragstext:

„Finanzhaushalt: Investitionszuweisung an die Gemeinde Wettenberg für Kunstrasenplatz in Höhe von 200.000 EUR“

Beschlussempfehlung:

Ablehnung (mehrheitlich bei 5 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen)

7. Haushaltsänderungsantrag des Fraktionsvorsitzenden Günther Semmler Nr. 971-7 (Produkt 21.8.01.12)

Antragstext:

„Die Fläche an der Gesamtschule Wettenberg soll in Erbbaurecht übergeben und für den Bau des Kunstrasenplatzes soll ein Zuschuss in Höhe von 100.000 EUR gewährt werden.“

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Stimmenthaltungen)

Beschlussempfehlung über die Haushaltssatzung mit allen Bestandteilen und Anlagen (in der Fassung der Haushaltsänderungsliste des Kreisausschusses vom 07.02.2011 unter Berücksichtigung aller beschlossenen Haushaltsänderungsanträge:

Zustimmung (mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen)

TOP 4: Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Gießen zum Haushalt 2011; Darstellung der Maßnahmen zur Begrenzung des Haushaltsdefizites;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 14.01.2011 (Vorlage: 1021/2011)

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 24.01.2011 auf Seite 27 des Haushaltssicherungskonzeptes bei Produkt 11.1.01 (Organisation und Dokumentation der politischen Willensbildung) die 1. Maßnahme wie folgt geändert:

Produkt 11.1.01: Organisation und Dokumentation der politischen Willensbildung

Maßnahme
<i>Größe des Kreistages sowie Größe und Zahl der Kreistagsausschüsse und Kommissionen in der neuen Legislaturperiode reduzieren</i>

Von der SPD-Fraktion liegt ein Änderungsantrag vom 17.02.2011 mit folgendem Wortlaut vor:

„Die Obergrenze, bis zu welcher die Dezernenten ohne Beschluss des Kreisausschusses Gutachten und Beratungsleistungen einschließlich Rechtsberatung in Auftrag geben können, wird auf 10.000 EUR festgesetzt. Für alle darüber hinausgehenden Aufträge bedarf es eines Kreisausschussbeschlusses.“

Herr Dr. Simon schlägt vor, den Antrag noch restriktiver zu fassen, damit auch der Kreistag in Einzelfällen zu entscheiden hat. **Herr Thannhäuser** schlägt eine Projektbezogenheit vor, die durch eine Splittung nicht umgangen werden kann.

Beschlussempfehlung für den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Zustimmung (einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen)

Beschlussempfehlung über den dadurch geänderten Hauptantrag:

Zustimmung (mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen)

TOP 5: Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2009; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 19.11.2010 (Vorlage: 972/2010)
--

Es liegen keine Änderungsanträge vor und es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

TOP 6: Barrierefreies Neu- und Umbauen in kreiseigenen Gebäuden;

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 13.12.2010 (Vorlage: 1007/2010)

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 20.12.2010 folgende Ergänzung in Ziffer 1 beschlossen:

„Dies ist bei jeder einzelnen Baumaßnahme dem Kreisausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussempfehlung über die geänderte Vorlage des Kreisausschusses:

Zustimmung (einstimmig)

TOP 7: Ergänzung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Gießen;

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 05.01.2011 (Vorlage: 1013/2011)

Es liegen keine Änderungsanträge vor und es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

TOP 8: Neubau des Rad- und Gehweges im Zuge der grundhaften Erneuerung der Kreisstraße K 31 zwischen Buseck-Trohe und Gießen-Rödgen;

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 05.01.2011 (Vorlage: 1015/2011)

Es liegen keine Änderungsanträge vor und es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

TOP 9: Resolution zum leistungsgerechten Ausbau der Ruhr-Sieg-Strecke;

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 26.01.2011 (Vorlage: 1029/2011)

Es liegen keine Änderungsanträge vor und es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

**TOP 10: Gründung von Gesellschaften zur flächendeckenden
Breitbandversorgung im Landkreis Gießen;**

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 31.01.2011 (Vorlage: 1028/2011)

Frau Landrätin Schneider stellt folgenden Änderungsantrag:

1. *In Ziffer 1 werden die Worte „Landkreis Gießen Breitband GbR“ durch folgende Worte ersetzt: „Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH“*
2. *Ziffer 3 erhält folgenden neuen Wortlaut:
„Das erforderliche Stammkapital von 25.000 EUR für die Gründung der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und 24.500 EUR für den Beitritt zur Breitband Gießen GmbH wird bewilligt. Dies bezüglich entstehende überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 19.500 EUR wird genehmigt.*
3. *Als Ziffer 4 wird eingefügt:
„Für den aus der Geschäftstätigkeit der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH resultierenden allgemeinen Verwaltungsaufwand werden im Haushalt 2011 15.000 EUR bereitgestellt.*
4. *Der letzte Absatz erhält folgenden neuen Wortlaut:
„Ziffer 1 und 2 werden nur dann vollzogen, wenn die Voraussetzungen der Ziffer 3 des Beschlusses des Kreistages zur Vorlage Nr. 960/2010 vom 13.12.2010 („Ein wesentlicher Faktor des Grundmodells ist das in Aussicht gestellte Mietmodell ... unter Beteiligung der Telekom GmbH. Deshalb wird der Landkreis Gießen die Gründung der Gesellschaft nur dann betreiben, sofern eine vertragliche Bindung der Telekom erreicht wird“) erfüllt sind. Hinsichtlich der grundlegenden Voraussetzung einer vertraglichen Bindung des Carriers werden folgende Zielgrößen bei der Vertragsgestaltung vorausgesetzt:*
 - *Flächendeckende Vermietung der entstehenden Netze*
 - *Flächendeckender Zugriff auf bestehende Einrichtung und Netze der Telekom*
 - *Offenes Netz für weitere Carrier (direkte Anmietung möglich)*
 - *Lange Laufzeit (Größenordnung 15 Jahre)*

Weiterhin stellt **Frau Landrätin Schneider** folgenden Initiativantrag zur Freigabe gesperrter Haushaltsmittel:

„Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss gibt die im Haushaltsplan 2010 bei der Leistung 57.1.01.01 „Wirtschaftsförderung und Tourismus“, Maßn. 010 „Erwerb Stammkapitalanteile“ veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für den nunmehr vorgesehenen Zweck „Gründung von Gesellschaften zur flächendeckenden Breitbandversorgung im Landkreis Gießen“ frei.

Zur Deckung der überplanmäßigen Auszahlung für die zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 19.500 EUR werden im Haushalt 2010 eingesparte Mittel des Finanzhaushaltes bei Produkt 11.1.10 (Zentrale Dienste), Maßnahme 001 (Anschaffung von beweglichem Vermögen) herangezogen.“

Herr Rechtsanwalt Trautner informiert den HFWR auf der Grundlage seines vorgelegten Gutachtens vom 17.02.2010 über die vergaberechtliche und EU-Beihilferechtliche Beurteilung des Projektes „Breitband Gießen GmbH“. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll beigelegt (**Anlage 2**).

An der sich anschließenden ausführlichen Diskussion werden die folgenden wesentlichen Inhalte und Fragen besprochen:

Herr Fraktionsvorsitzender Becker fragt an, ob die einzelnen Baumaßnahmen in den Städten und Gemeinden für die Breitbandversorgung ausgeschrieben werden müssen. **Herr Thannhäuser** stellt sinngemäß die gleiche Frage.

Herr Trautner erläutert hierzu, dass eine Ausschreibung für eine Gesamtvergabe im Paket nicht erforderlich werde. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass der Ausnahmetatbestand nach § 100 Abs. 2 lit. k GWB (Telekommunikationsdienste) erfüllt werde und die Vergaben oberhalb der Schwellenwerte für Dienstleistungen (193.000 EUR) bzw. Bauleistungen (4.845.000 EUR) liegen müssen.

Auf Nachfrage von **Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Oswald** führt Herr Rechtsanwalt Trautner aus, dass Vergaben unterhalb der Schwellenwerte dem nationalen Vergaberecht unterliegen und öffentlich ausgeschrieben werden müssten.

Herr Ide fragt nach, ob durch die Änderung der Rechtsform der ursprünglich vorgesehenen Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) in eine GmbH für die Städte und Gemeinden, die dieser beitreten möchten, Nachteile entstehen können.

Frau Landrätin Schneider führt zu dieser Frage aus, dass dadurch keine Nachteile entstünden. Man würde damit hauptsächlich den Empfehlungen des Regierungspräsidiums Gießen folgen. Damit würde auch die Haftung auf die zu tätigenen Rechtsgeschäfte der Beteiligungsgesellschaft auf die gesetzliche Stammeinlage beschränkt.

Herr Dr. Simon äußert sich kritisch zu dem vorgelegten Gutachten der Rechtsanwaltsgesellschaft Heussen, zumal dieses keine neuen Erkenntnisse mehr erbringe. Von daher beurteilt er die Verfügungen des Regierungspräsidiums Gießen vom 27.01.2011 und 14.02.2011 für wesentlich effektiver und konkreter.

Frau Hofmann stellt die Frage, ob die Breitband Gießen GmbH trotz des Beteiligungsverhältnisses des Landkreises und der Kommunen von nur 49 % als öffentlicher Auftraggeber anzusehen sei.

Hierzu führt Herr Trautner aus, dass die Breitband GmbH öffentlicher Auftraggeber sei, weil sie zu dem besonderen Zweck gegründet werde, um im Allgemeininteresse liegende Aufgaben, nämlich die Förderung des Breitbandausbau, zu erfüllen. Dadurch sei das Vergaberecht zu beachten.

Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall stellt die Frage, ob die Kommunen für den sogenannten nicht rentierlichen Teil der Breitbandversorgung lediglich als kommunale Zuschussgeber auftreten.

Herr Rechtsanwalt Trautner erläutert hierzu, dass durch die Beteiligung der Gemeinden in der Beteiligungsgesellschaft in Verbindung mit der Wahrnehmung eines öffentlichen Interesses der Breitbandversorgung diese auch als öffentlicher Auftraggeber anzusehen seien.

Frau Fraktionsvorsitzende Dr. Schmahl hält es in Anbetracht der prekären Haushaltslage der kreisangehörigen Gemeinden nicht für realistisch, dass alle Städte und Gemeinden im Rahmen eines Gesamtauftrages die Zuschüsse für den nicht rentierlichen Teil der flächendeckenden Breitbandversorgung aufbringen können. Dies werde nur Schritt für Schritt möglich sein, was dann wieder dem Vergaberecht zu wider laufen könnte.

Frau Landrätin Schneider berichtet hinsichtlich des durchgeführten überregionalen Markterkundungsverfahrens, dass neben dem bereits bekannten Unternehmen Weimer & Lück Holding auch die OVAG, Friedberg ihr Interesse an einem flächendeckenden Ausbau von Kommunikationsnetzen im Landkreis Gießen angezeigt habe. Allerdings und darauf weist Frau Landrätin Schneider besonders hin, könne die OVAG keine langfristigen Mietverträge mit der Deutschen Telekom oder einem anderen Carrier über die Nutzung der zu erstellenden Netze im Landkreis Gießen vorweisen. Im Gegensatz zur OVAG läge von der WL Holding die Zusage vor, dass bei Aufnahme des operativen Betriebs ein längerfristiger Vertrag mit einem Carrier zur flächendeckenden Nutzung der vorhandenen Netze vorliegen werde.

Herr Fraktionsvorsitzender Becker, Herr Dr. Simon sowie **Herr Fraktionsvorsitzender Semmler** nehmen zu dieser aktuellen Information Stellung und vertreten die Auffassung, dass die OVAG als Partner für die Realisierung der Breitbandversorgung nicht in Frage komme, weil die Voraussetzung des Kreistagsbeschlusses vom 13.12.2010 (Mietmodell unter Beteiligung der Telekom GmbH) nicht erfüllt werde.

Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall vertritt hierzu eine andere Auffassung, zumal auch die WL Holding zur Zeit noch nicht über einen gesicherten Mietvertrag mit der Telekom verfüge. Von daher werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder von der WL Holding noch von der OVAG dieses Alleinstellungsmerkmal erfüllt und damit die Interessenbekundung beider Unternehmen vergleichbar.

Beschlussempfehlungen:

Über den Änderungsantrag der Landrätin sowie den Hauptantrag des Kreisausschusses erfolgt keine Abstimmung.

Dem Initiativantrag der Landrätin zur Freigabe gesperrter Haushaltsmittel wird einstimmig zugestimmt.

TOP 11: Vergleichsweise Beilegung eines Rechtsstreites: Abfallgebührenstreit Stadt Gießen / Landkreis Gießen;

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 21.01.2011 (Vorlage: 1027/2011)

An der Aussprache beteiligen sich **Herr Funck, Herr Haumann, Herr Nachtigall, Herr Dr. Simon** und **Herr Thannhäuser**.

Auf die Frage von **Herrn Funck** nach der Höhe der Gerichts- und Anwaltskosten erstattet **Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald** folgenden Bericht:

Gerichtskosten für das 1. Verfahren (Streitwert: 41.514,38 EUR): 1.281,-- EUR

Gerichtskosten für das 2. Verfahren (Streitwert: 174.000,00 EUR): 2.312,-- EUR.

Somit seien dem Landkreis Gießen Gerichtskosten in Höhe von rd. 3.600 EUR entstanden.

Die Anwaltskosten belaufen sich auf rund 70.000 EUR.

Herr Funck äußert den Wunsch, die differenzierte Auflistung der Anwaltskosten dem Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss vorzulegen.

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

TOP 12: Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen;

hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 31.01.2011 (Vorlage: 1030/2011)

Frau Landrätin Schneider erstattet einen kurzen Sachstandsbericht. Es sei in einem ersten Schritt vorgesehen, dass die Kreisvolkshochschule den Programmbereich *Arbeit, Beruf & Gesundheit* und die Volkshochschule der Stadt Gießen den Programmbereich *Kunst & Gestalten* übernehmen werden. Dies werde in einer öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung zwischen Landkreis und Stadt Gießen vereinbart. Die Zusammenführung weiterer Programmbereiche befänden sich in der Diskussion.

TOP 13: Unterstützung der Kulturloge;

hier: Antrag der Gruppe Linkes Bündnis vom 26.01.2011 (Vorlage: 1031/2011)

Die Gruppe Linkes Bündnis modifiziert ihren Antrag wie folgt:

„Der Kreistag unterstützt und fördert die Arbeit der Kulturloge für die Teilnahme von Mitbürger/innen mit geringem Einkommen an Kulturveranstaltungen, die er durchführt, an denen der Kreis Gießen beteiligt ist oder die von ihm gefördert werden.“

Beschlussempfehlung über den modifizierten Antrag:

Zustimmung (mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen)

TOP 14: Rücknahme der Privatisierung im Reinigungsdienst;

hier: Antrag der Gruppe Linkes Bündnis vom 26.01.2011 (Vorlage: 1032/2011)

Beschlussempfehlung:

Ablehnung (mehrheitlich bei Zustimmung durch die Fraktion von SPD und B90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FW und FDP)

TOP 15: Erhalt der Bahnstrecke Hungen - Wölfersheim;

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2011 (Vorlage: 1033/2011)

Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall begründet den Antrag und weist darauf hin, dass die Umsetzung des Beschlusses des Kreistages unter dem Vorbehalt der Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Wölfersheim-Södel-Hungen stehe.

Beschlussempfehlung:

Zustimmung (einstimmig)

TOP 16: Mitteilungen und Anfragen

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erstattet folgende Mitteilungen:

- Die Anfrage von Frau Bergen-Krause zu den Kosten für Gutachten und Planungen in der Legislaturperiode 2006-2011 ist von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

- Die Stellungnahme des Kreisausschusses vom 14.02.2011 zur 134. Vergleichenden Prüfung „Haushaltsstruktur 2009: Landkreise“ wurde allen Mitgliedern des Kreistages zur Kenntnisnahme vorgelegt.
- Festsetzung der Zinsdienstumlage für das Jahr 2011 sowie Aufstellung der Ersatzschulen, die Fördermittel aus dem Konjunkturprogramm erhalten haben (**Anlage 3**)

Herr Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Fricke erstattet folgende Mitteilungen:

- Aktueller Sachstandsbericht zum Thema „Alternative Finanzierungsformen für bauliche Investitionsvorhaben (Mietmodell)“
- Vermietung der Liegenschaft „Bachweg 1“ an die Kassenärztliche Vereinigung Hessen für die Dauer von 2 Jahren

Herr Pilger bittet zu dem vorliegenden Gutachten zur Optimierung der Gebäudereinigung um Aufklärung zu den unterschiedlichen Quadratmeterangaben der zu reinigenden Schulflächen im Gutachten zu den tatsächlich vergebenen Reinigungsflächen an externe Dienstleister.

Herr Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Fricke führt aus, dass die Flächenangaben, die dem Gutachten zu Grunde liegen, korrekt seien. In dem durch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in der Presse angezweifelten Reinigungsflächen sei ein Gebäude der Grundschule Lollar, das nach dem Jahre 2006 durch die Mittagsbetreuung eingerechnet wurde, nicht berücksichtigt worden. Dadurch sei wohl die Differenz zwischen den Flächen des Gutachtens und der Ausschreibung zu erklären.

Herr Fachbereichsleiter Rohrmus ergänzt die Ausführungen des Dezernenten und erläutert, dass die dem Gutachten zugrunde liegenden Flächenangaben zutreffend seien. Dem Gutachter seien alle Reinigungsflächen gemäß der digitalen Flächendatenbank des Fachdienstes Bauen übermittelt worden. Das Gutachten beinhalte daher alle Reinigungsflächen, einschließlich der Fliesenspiegel und der Nebenräume. Dies treffe für die Gebäude mit Eigenreinigung als auch für die Gebäude mit Fremdreinigung gleichermaßen zu. Die vom Fachdienst Personal ermittelten Kosten der Eigenreinigung für die Grundschule Lollar des Jahres 2009 seien allerdings nicht korrekt; diese werden zur Zeit überprüft und entsprechend korrigiert.

Zur Frage von **Herrn Thannhäuser** zur Qualität der externen Reinigungsleistungen erläutert **Herr Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Fricke**, dass von der Möglichkeit der Kündigung der Reinigungsfirmen mit mangelhaften Qualitätsstandards in Einzelfällen bereits Gebrauch gemacht wurde. Insgesamt sei die Verwaltung allerdings mit den Reinigungsleistungen der derzeitigen Anbieter zufrieden.

Am Ende der Sitzung verabschiedet sich **Herr Damaschke** als Ausschussvorsitzender aus dem Kreise des Haupt- und Finanzausschusses und bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit während seiner 19-jährigen Amtszeit als Vorsitzender.

Die Vertreter der Fraktionen (Herr Funck, Frau Dr. Schmahl und Frau Hofmann und Herr Klose) sowie Frau Landrätin Schneider sprechen Herrn Damaschke Dank und Anerkennung aus.

Vorsitzender:

Schriftführer:

(Damaschke)

(Schmitt)

Anlagen:

1. Stellungnahme zum Projekt HaLT (Hart am Limit)
2. Präsentation zur vergaberechtlichen Beurteilung des Projektes „Breitbandversorgung“
3. Zinsdienstumlage